

Das Blaue Z - Journalistenpreis 2008

„Ein großes Lob für die sachliche und konstruktive Berichterstattung“ sprach iGZ-Bundevorsitzender Volker Homburg den Gewinnern des Journalistenpreises „Das Blaue Z“ im Rahmen der Verleihung am 17. Mai im Erbdrostenhof zu Münster aus. Der Vorsitzende betonte, die Arbeiten von Reinhold Böhmer, Ulrike Meyer-Timpe und Bernhard Münster im Bereich Printmedien sowie Andrea Lueg, Sarah Walzer und Thomas Dauser/ Beate Klein in der Kategorie Elektronische Medien (jeweils 1. Bis 3. Platz) tragen erheblich dazu bei, dass die Vielschichtigkeit der Zeitarbeit damit für die Öffentlichkeit auch den Stellenwert erhalte, den sie verdiene.



Zum Auftakt der Feierstunde begrüßte iGZ-Geschäftsführer Werner Stolz die Gäste und verwies darauf, die Beiträge zum Preis seien über den Tag hinaus lesenswert - allerdings herrsche nach wie vor „viel Beißlust“ in der Berichterstattung zum Thema Zeitarbeit. Obwohl es viele Unternehmen gebe, die sich von fragwürdigen Praktiken distanzieren, seien doch meist die wenigen schwarzen Schafe der Branche im Fokus der Medien.

Warum das so ist und wie sich die Darstellung dieser aufstrebenden Sparte wandelt, erläuterte anschließend Festredner Thomas Koll, Moderator und stellvertretender Leiter des ZDF-Politmagazins „Frontal21“ in seinem Beitrag „Medienmacht und Meinungsbildung – Kritischer Journalismus und Branchenimage“. Allgemein lasse sich ein relativer Rückgang des kritischen Journalismus verzeichnen: „Die Medien sind nur noch bedingt abwehrbereit, weil viel Personal abgebaut wird“, zeichnete er die Entwicklung nach. Andererseits gebe es immer mehr PR-Berater. „50 000 fest an-

gestellten Journalisten stehen genauso viele PR-Berater gegenüber“. Effekt: Im Jahr 2004 war schon jeder elfte Artikel PR-basiert - im Jahr 2000 war es noch jeder 18. veröffentlichte Beitrag. Diese kommerziellen Beiträge für den redaktionellen Teil werden mittlerweile gern angenommen, „weil die Redakteure im täglichen Geschäft völlig überlastet sind.“

Zudem seien die Grenzen von Unterhaltung und Nachrichten porös geworden - als Beispiele nannte Koll etwa die Flut von Konspirationstheorien zum Tod von Lady Diana oder auch die tägliche Dosis Paris Hilton im Fernsehen. Die ständig weiter wachsende Masse von Informationen bedinge nun eine zunehmende Unübersichtlichkeit für die Konsumenten, erklärte der ZDF-Moderator die Personalisierung in der Berichterstattung. Diese Personalisierung erleichtere den Umgang mit der Problematik „der Komplexitätsfalle der Medien“. Daraus resultiere



jedoch auch eine gesteigerte Vorbildfunktion, die sich zunehmend von der Politik auf die Wirtschaftsführer überlagere. Aufgrund von Vorfällen wie etwa der Überwachung von Lidl-Mitarbeitern und des anschließenden desaströsen Auftritts des Lidl-Chefs bei Kerner im ZDF ergebe sich eine gewisse Wirtschaftsverdrossenheit.

Zu guter Letzt ging Koll auch auf die Zeitarbeitsbranche ein, „die eine Antwort auf die Globalisierung ist, aber nicht aus der Pole Position startet“. So es denn schwarze Schafe gebe, seien sie ein ganz besonderes Problem in einer kritisch beäugten Branche, stellte Koll fest. „Das ist nur so lange ein Problem, wie sich Leiharbeiter als Menschen zweiter Klasse fühlen“, schloss er seinen Vortrag. Einen nachhaltigen Eindruck ganz anderer Art hinterließ die Pianistin Ekaterine Chvedelidze mit ihren einfühlsamen Klavierdarbietungen.

Die Gewinner

Printmedien

1. Platz Reinhold Böhmer: „Moderne Nomaden“ (Wirtschaftswoche, 26. März 2007);
2. Platz Ulrike Meyer-Timpe: „Arbeitskraft auf Abruf“ (Die Zeit, 26. April 2007);
3. Platz Bernhard Münster: „Der harte Kern“ (Personalmagazin, Ausgabe 07/07);

Elektronische Medien

1. Platz Andrea Lueg: „Von der Schmutzbranche zum Jobmotor“ (Deutschlandfunk, 1. Mai 2007);
2. Platz Sarah Walzer: „Zeitarbeit boomt“ (ZDF, Drehscheibe Deutschland, 3. Mai 2007);
3. Platz: Thomas Dauser/ Beate Klein: „Dumpinglohn nach Tarif - Was sich hinter den christlichen Gewerkschaften verbirgt“ (Report Mainz, ARD - Südwestrundfunk - 10. Dezember 2007)

Hart aber fair: Zeitarbeit in der Diskussion

Hart, aber fair: Eine überaus engagierte Diskussion lieferten sich der münstersche CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz, Bernd Bajohr, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Münsterland, und iGZ-Arbeitskreisleiter Tarifpolitik Holger Piening.

Moderiert von iGZ-Pressesprecherin Simone Kemper debattierte das Trio über die „Zeitarbeit im öffentlichen Fokus“ - für die Piening zum Auftakt einen gravierenden Wandel feststellte. Sei die Branche in den 80-er Jahren „in den Medien noch ganz unten“ und von den Gewerkschaften nicht anerkannt gewesen, herrsche nun ein völlig anderes Bild, wie etwa die Tarifabschlüsse mit den Gewerkschaften zeigen. „Aber wir sind noch nicht überall angekommen, in der Lokalpresse wird oft nur oberflächlich berichtet“, stellte er fest. Bernd Bajohr wünschte sich in diesem Zusammenhang, „dass sachlich informiert wird, Hintergründe und Ursachen aufgezeigt werden, und dass die Zeitarbeit ein Instrument ist, wirtschaftliche Notwendigkeiten abzudecken“. Polenz erinnerte zudem daran, dass die Zeitarbeit mittlerweile mit 790 000 Zeitarbeitern bundesweit auch ein quantitativer Faktor sei. Es sei zwar eine Brücke von der Arbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung, „aber für viele stellt die Zeitarbeit eher nur die zweitbeste Lösung dar, da muss man sich nichts vormachen“, verwies er auf das Bestreben von Arbeitnehmern, in nur einer festen Stelle tätig zu sein. Dem widersprach der iGZ-Arbeitskreisleiter mit Verweis auf die sich wandelnde Arbeitswelt. „Just in time“ heiße die Formel in der zunehmenden Globalisierung - „und Zeitarbeit ist hier das Medium, das im Fokus steht“, betonte Piening den hohen und stetig wachsenden Stellenwert der Branche in der Wirtschaft.

Bajohr kritisierte den potenziellen Missbrauch des Instruments Zeitarbeit im Zusammenhang mit dem Beispiel eigens gegründeter Tochterunternehmen an Unikliniken. Personal würde entlassen, um es zu wesentlich schlechteren Konditionen für die gleiche Arbeit wieder in der Tochterfirma einzustellen. Polenz widersprach dem Vergleich mit dem Hinweis, dass diese Beschäftigten nicht – wie in der Zeitarbeitsbranche üblich - an Dritte vermittelt würden. Auch Piening bestätigte, „das ist nicht das, was wir unter Zeitarbeit verstehen“. Bajohr nutzte diesen Aspekt dennoch für einen ihm wichtigen Apell: Kliniken dürfe man nicht unter Wirtschaftsaspekten agieren lassen. „Die Gewerkschaften stehen der Zeitarbeit sehr kritisch gegen-

über, haben aber ein Interesse daran, die Auswirkungen zu gestalten“, zeigte sich der ver.di-Geschäftsführer verständnisvoll - was auch Piening würdigte: „Der Tarifabschluss mit den Gewerkschaften war ein Meilenstein. Seitdem ist die Branche anerkannt, und dieser Prozess wird weiterlaufen“, kündigte er an. Den Hinweis Pienings, die Branche sei für alle Berufe offen, ergänzte Bajohr mit der Forderung, Weiterbildung müsse einen hohen Stellenwert haben.

Die Zeitarbeit als Markt der Möglichkeiten - angesichts zweistelliger Zuwachsraten sah Polenz besonders auch für Ungelernte hier eine Chance, einen Job zu finden. Doch gerade bei ungelerten Kräften hapert es häufig mit der Bezahlung. „Mindestlohn, an den sich die Unternehmen halten müssen, und Vermeidung von Auswüchsen“, forderte Piening von der Politik. Und Bajohr bestätigte: „Es ist unwürdig und beschämend, dass Menschen in Deutschland trotz Vollbeschäftigung zum Sozialamt gehen müssen. Die Forderung nach Mindestlöhnen ist völlig in Ordnung“. Ruprecht Polenz verteidigte sich mit den

Waffen der Tarifautonomie - eine Einmischung der Politik in Tarifverhandlungen werde nie gern gesehen.

„Ein Mindestlohn würde in die Irre führen, weil man damit in der Politik einen Fixpunkt setzt“, fürchtete der CDU-Politiker. Und es werde damit ein Spannungsfeld zwischen Tarifautonomie und konkurrierenden Tarifverträgen geschaffen. Er favorisiere das Modell der selbsterbrachten Leistung und ergänzend dazu Unterstützung durch den Staat. „Das ist Schwachsinn sondergleichen“, kanzelte Bajohr den Politiker ab. Diesen Kombilohn gebe es ja schon längst: „Dann müssen die Gewerkschaften künftig dafür kämpfen, dass Sozialhilfe oder ALG angehoben werden, weil die Tarife zu niedrig sind“, ulkte der ver.di-Vertreter. Man müsse wohl darüber nachdenken, ob bei Zeitarbeit die Bezahlung wegen der höheren Flexibilität und Mobilität höher angesetzt werden müsse, suchte Polenz eine Alternative. Piening ließ sich nicht beirren und stellte grundsätzlich klar: Der Verband strebe eine Allgemeinverbindlichkeitsanerkennung des tariflichen Mindestlohnvertrages über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz an - und keinen gesetzlichen Mindestlohn. „Für alle Unternehmen müssen verbindliche und überprüfbare Standards zu Mindestlohnbedingungen geschaffen werden“, gab Bajohr dem Bundestagsabgeordneten abschließend mit auf den Weg nach Berlin.

